

Schriftliche Anfrage

der Gemeinderäte Mag. Bernd Saurer (FPÖ), Ing. Udo Guggenbichler, MSc (FPÖ) und Maximilian Krauss, MA (FPÖ) an Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Digitales Vizebürgermeisterin Barbara Novak, MA.

Umwandlung der GESIBA in eine GmbH

Die GESIBA verwaltet mehr als 31.000 Wohnungen und zählt damit zu den größten gemeinnützigen Bauvereinigungen Österreichs. Ihr derzeitiger Status als Aktiengesellschaft sichert dem Unternehmen trotz der Eigentümerstruktur eine weitgehende Unabhängigkeit gegenüber der Stadt Wien. Die Vorstände und Aufsichtsräte agieren infolge des Aktiengesetzes weisungsfrei. Der weisungsfreie Aufsichtsrat bestellt den Vorstand. Nunmehr soll die GESIBA von der AG zur GmbH umfirmiert werden. Damit gerät sie in den unmittelbaren Einflussbereich der Stadt. Entsprechend den Bestimmungen des GmbH-Gesetzes werden aus einem weisungsfreien, unabhängigen Management weisungsgebundene „Befehlsempfänger“ des Eigentümers. Der Mehrheitseigentümer bestellt die Geschäftsführung nach Belieben.

Den Hintergrund der Maßnahme scheinen die Budgetprobleme der Stadt Wien zu bilden. Die GESIBA kann hinkünftig dazu dienen das Budget zu entlasten, indem großvolumige soziale Infrastruktur (Schulden, Gesundheitseinrichtungen etc.) nicht mehr durch die Stadt, sondern durch die GESIBA errichtet und finanziert werden. Die Maßnahme ist in unmittelbaren Zusammenhang mit der Verwässerung der Verwendung des Wohnbauförderungsbeitrages zu sehen.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemäß § 31 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgende

Anfrage:

1. Welche konkreten sachlichen und wirtschaftlichen Vorteile erwartet sich die Stadt Wien von der Umgründung der GESIBA von einer Aktiengesellschaft in eine GmbH?
2. Welche steuerlichen Auswirkungen hat die geplante Umgründung der GESIBA konkret, und in welcher Höhe erwartet die Stadt Wien dadurch steuerliche Einsparungen oder sonstige finanzielle Vorteile?
3. Wie hoch werden die Gesamtkosten der Umgründung veranschlagt, insbesondere für Rechtsberatung, Steuerberatung, Unternehmensbewertung, Notariatsakte, Strukturmaßnahmen und sonstige externe Dienstleistungen?
4. Welche externen Berater, Kanzleien oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften wurden bislang mit der Vorbereitung oder Begleitung der Umgründung befasst, und welche Kosten sind dadurch bisher entstanden beziehungsweise noch zu erwarten?
5. Welche Änderungen ergeben sich durch die Umgründung hinsichtlich der Bestellung und Abberufung des Managements der GESIBA?
6. Welche konkreten Maßnahmen werden gesetzt, um sicherzustellen, dass die GESIBA auch nach der Umgründung unabhängig von parteipolitischen Einflussnahmen geführt wird?
7. Ist beabsichtigt, die GESIBA künftig verstärkt zur Finanzierung oder Errichtung sozialer Infrastrukturprojekte – etwa Schulen, Kindergärten, Pflegeeinrichtungen

oder Gesundheitseinrichtungen – heranzuziehen?

8. Wenn ja, in welchem finanziellen Ausmaß?

9. Welche Auswirkungen erwartet die Stadt Wien durch die Umgründung auf

a) die Neubautätigkeit,

b) die Sanierung bestehender Wohnhausanlagen,

c) die Eigenkapitalquote sowie

d) die langfristige Mietentwicklung innerhalb des GESIBA-Konzerns?

10. Wurde geprüft, die GESIBA statt in eine GmbH in eine unabhängige Genossenschaft umzuwandeln, um die wohnungsgemeinnützige Zielsetzung dauerhaft abzusichern und parteipolitischen Einfluss zu minimieren?

a) Wenn ja, mit welchem Ergebnis?

b) Wenn nein, weshalb nicht?

